

Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach



Stand: 31.12.2008

1. Ausgangssituation

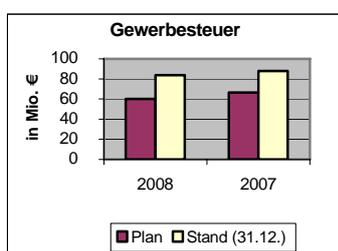
Die vom Gemeinderat am 20.12.2007 beschlossene Haushaltssatzung 2008 wurde am 23.01.2008 vom Regierungspräsidium Tübingen genehmigt und am 04.02.2008 öffentlich bekannt gemacht.

In regelmäßigen Abständen wird der Gemeinderat über die aktuelle Haushaltssituation in Form eines Berichts informiert.

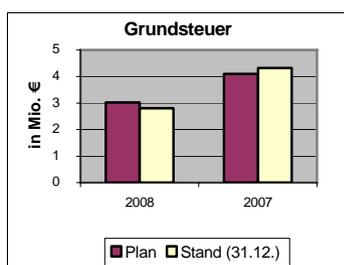
2. Wesentliche Planabweichungen

2.1 Verwaltungshaushalt

2.1.1 Einnahmen

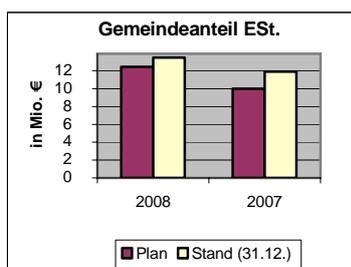


Auch im 4. Quartal kam es nochmals zu einem leichten Anstieg der Einnahmen bei der **Gewerbsteuer**. Das Gewerbesteueraufkommen liegt 23,76 Mio. € über dem Planansatz von 60,00 Mio. €. Nach Abzug der zu erwartenden Gewerbesteuerumlage von ca. 16,54 Mio. € ergibt sich ein Netto-Aufkommen von 67,22 Mio. €.

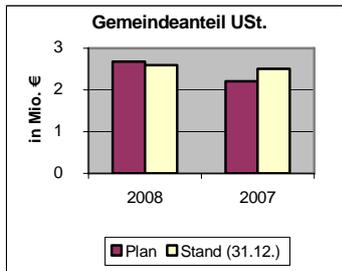


Die Jahresveranlagungen bei der **Grundsteuer A** sind planmäßig. Die **Grundsteuer B** liegt um rd. 214.000 € hinter den Erwartungen zurück. Dies ist vor allem auf mehr Erlassanträge infolge der aktuellen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zurückzuführen, der anders als früher, auch bei strukturellen Leerständen einen Grundsteuererlass wegen Ertragsminderung zulässt. Im Jahressteuergesetz 2009 wurde diese Rechtsprechung jedoch teilweise wieder korrigiert.

Die übrigen Steuereinnahmen (Hundesteuer) verlaufen weitgehend planmäßig. Lediglich bei der **Vergnügungssteuer** kommt es zu Mehreinnahmen, weil die Besteuerung bei bestimmten Spielgeräten rechtlich umstritten war und der Planansatz daher auch im Hinblick auf die beschlossene Satzungsänderung für das Jahr 2008 bewusst vorsichtig kalkuliert wurde. Daran ändern auch die rückwirkend beschlossenen Entlastungen und die Steuerbefreiung anlässlich des Schützenfestes nicht viel. Aufgrund der Software- und Satzungsanstellung für 2009 änderte sich zudem der Buchungsmodus, wodurch im Jahr 2008 einmalig 13 Monate verbucht wurden. Derzeit belaufen sich die Mehreinnahmen auf ca. 270.000 €.



Die November-Steuerschätzung hat eine Anhebung des **Gemeindeanteils an der Einkommensteuer** gebracht. Das Steueraufkommen betrug im Jahr 2008 rund 4,498 Mrd. €. Bei der Haushaltsplanung 2008 hatte die Stadt 4,10 Mrd. € zugrunde gelegt. Damit sind Mehreinnahmen von rund 1,20 Mio. € die Folge.



Beim **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** hat die Stadt 83.000 € weniger als geplant erhalten. Aufgrund der November-Steuerschätzung war dies bereits absehbar. Die voraussichtlichen Wenigereinnahmen beim **Familienleistungsausgleich** werden durch Mehreinnahmen bei den **Schlüsselzuweisungen** kompensiert. Die **Sonstigen Zuwendungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)** verlaufen plangemäß.

Bei den **Gebühren und Entgelten** kommt es zu Mehreinnahmen im Bereich der Bauprüfungs- und der Parkgebühren in Höhe von rund 280.000 €.

Bei den **Miet- und Pachteinnahmen** wird von einem weitgehend planmäßigen Verlauf ausgegangen. Die Verwaltung der städtischen Wohngebäude ist seit dem 01.01.2006 auf den Eigenbetrieb Wohnungswirtschaft Biberach übergegangen.

Bei den **Zuschüssen des Landkreises** für den Öffentlichen Personennahverkehr kommt es zu Wenigereinnahmen in Höhe von ca. 94.000 € aufgrund der Rückerstattung für das Jahr 2007.

Der geringe Bewirtschaftungsstand bei den Einnahmen aus **Inneren Verrechnungen** gleicht sich durch entsprechend niedrige Ausgaben wieder aus.

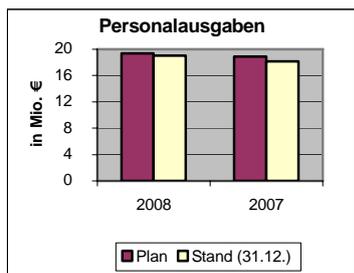
Die Abschlagszahlungen bei den **Sachkostenbeiträgen** der Schulen erfolgen nach den aktuellen Schülerzahlen. Die Pro-Kopf-Beträge für das Jahr 2008 sind mit Ausnahme der Grundschulförderklasse bei allen Schularten höher als geplant; dennoch sind keine Mehreinnahmen zu erwarten, weil diese über die rückläufigen Schülerzahlen fast kompensiert werden.

Aufgrund der positiven Einnahmeentwicklung wird bei den **Zinsen aus Geldanlagen** gegenüber der Planung derzeit ein Plus von etwa 1,8 Mio. € erwartet. Die Erträge aus den Geldanlagen der Rückstellungen werden diesen direkt zugeschlagen, weil bei der Bildung der Rückstellungen auch eine entsprechende Verzinsung unterstellt wurde.

Im Bereich der **Bußgelder** konnten trotz der vorübergehend vakanten Stellen im Ordnungsamt die während des Jahres befürchteten Wenigereinnahmen von 60.000 € auf 23.000 € reduziert werden. Die Einnahmen aus der **Vollverzinsung** der Gewerbesteuer liegt rund 141.000 € unter dem Planansatz. Gleichzeitig liegen die Erstattungszinsen mit rund 142.000 € über der Planung und führen somit zu Mehrausgaben.

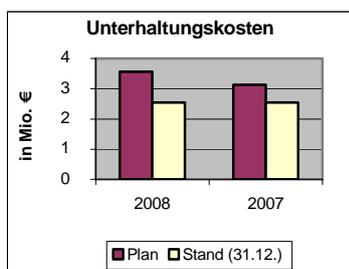
Die **kalkulatorischen Einnahmen** werden erst im Zusammenhang mit den Jahresabschlussarbeiten verbucht. Diesen Einnahmen stehen dann in den verschiedenen Unterabschnitten Ausgaben in gleicher Höhe in Form von Abschreibungen und Verzinsung gegenüber.

2.1.2 Ausgaben



Bei den **Personalausgaben** geht das Hauptamt auf der Basis der Hochrechnung vom Dezember davon aus, dass aufgrund des deutlich höheren Tarifabschlusses und unter Berücksichtigung der Prämien nach der leistungsorientierten Bezahlung die Ausgaben um 20.000 € überschritten werden. Darüber hinaus kann die geplante Minderausgabe für die Personalkosten in Höhe von 150.000 € nicht erreicht werden, so dass die Personalkosten insgesamt rund 170.000 € überschritten werden. Bei der Planung 2008 wurde eine Tarifsteigerung von 2,5 % unterstellt; tatsächlich kam es zu Erhöhungen in Höhe von 5,1 %.

Seit dem Jahr 2005 bildet die Stadt Biberach im Vorgriff auf das neue Haushaltsrecht Rückstellungen für Altersteilzeit und seit 2006 auch für Beihilfe- und Pensionslasten. In den Planansätzen für 2008 sind nur die bisher bereits bekannten Rückstellungen enthalten. Veränderungen während des laufenden Jahres können naturgemäß erst am Jahresende berücksichtigt werden. Aus den Pensions- und Beihilferückstellungen wird sich wohl eine Belastung von rund 0,60 Mio. € ergeben, die auf Neueinstellungen und Pensionierungen zurückzuführen sind.



Die Umsetzung der für die **Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen** geplanten Maßnahmen liegen unter dem Planansatz. Derzeit sind insgesamt 71,63 % bewirtschaftet (Vorjahr: 81,40 %). In Anbetracht der gegenüber dem Jahr 2007 durchweg höheren Ansätze in diesem Bereich, ist das Ergebnis nicht überraschend. Aus den Erfahrungen der Vorjahre gehen wir daher davon aus, das mindestens 100.000 € eingespart werden können.

Die **Bewirtschaftungskosten** haben einen Stand von 87,95 % (Vorjahr: 88,54 %) des Planansatzes erreicht. Nach Auskunft des Amtes für Gebäudemanagement werden die Bewirtschaftungskosten im Rahmen der Planung liegen.

Die **Verwaltungs- und Betriebsausgaben** sind bisher mit 75,24 % (Vorjahr: 75,74 %) bewirtschaftet. Insgesamt gesehen, werden aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre bei den Verwaltungs- und Betriebsausgaben bis zum Jahresende noch Einsparungen von knapp 300.000 € möglich sein. Allerdings ist bei den Erstattungen von Verwaltungs- und Betriebsausgaben mit rund 183.000 € zusätzlich zu rechnen, nachdem die Schlusszahlung des Straßenentwässerungskostenanteils für das Jahr 2007 erst nach Fertigstellung des Jahresabschlusses 2007 erfolgt ist.

Der vorsorglich eingestellte Haushaltsansatz für mögliche **Ausgabeaufschläge** beim Kauf von Wertpapieren wurde bisher nicht benötigt. Hier rechnen wir mit Einsparungen von 97.000 €.

Bedingt durch die Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer zeichnen sich für die **Gewerbesteuerumlage** Mehrausgaben von 4,7 Mio. € ab. Dagegen kann bei der **Kreis- und Finanzausgleichsumlage** von einem weitgehend plangemäßen Verlauf ausgegangen werden.

Die veranschlagte Deckungsreserve von 100.000 € musste für außerplanmäßige Ausgaben in Anspruch genommen werden, so dass sich hieraus kein positiver Effekt mehr auf das Ergebnis ableiten lässt.

Im Verwaltungshaushalt wurden insgesamt 753.827 € (Vorjahr: 307.652 €) an **über- und außerplanmäßigen Ausgaben** bewilligt. Die haushaltmäßige Deckung der Mehrausgaben wurde in jedem Einzelfall nachgewiesen. Den größten Anteil macht dabei der Zuschuss an den Hospital für die Kleinkindbetreuung in Höhe von 271.510 € aus.

2.1.3 Entwicklung des Kulturbudgets

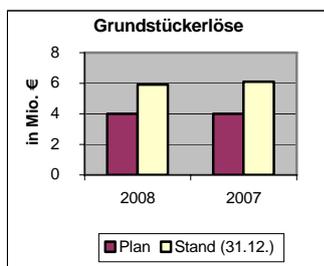
Im Bereich des **Kulturbudgets** sind die Mittel auf der Einnahmenseite zu 111,27 % (Vorjahr: 104,03 %) und auf der Ausgabenseite zu 110,85 % (Vorjahr 97,37 %) bewirtschaftet. Aus dem Jahr 2007 konnten Mittel in Höhe von 289.594,95 € übertragen werden (Vorjahr: 339.146,42 €). Die Mehrausgaben können somit durch höhere Einnahmen ausgeglichen werden. Die endgültige Abrechnung des Kulturbudgets steht noch aus.

Das Kulturdezernat hat zugesagt, im Rahmen eines Berichtswesens die Leistungen der Kultur und den Ressourcenverbrauch einmal pro Jahr darzustellen. Daher wird an dieser Stelle auf detaillierte Erläuterungen verzichtet.

2.2 Vermögenshaushalt

2.2.1 Einnahmen

Der Vermögenshaushalt verläuft auf der Einnahmenseite, abgesehen von den nachfolgend dargestellten Veränderungen, weitgehend planmäßig.



Bei den Einnahmen aus **Grundstücksverkäufen** sind Mehreinnahmen von rund 2,00 Mio. € zu verzeichnen, die auf außerordentliche Verkäufe zum Jahresende zurückzuführen sind.

Bei den **Erschließungsbeiträgen** sind 189 % des Planansatzes eingegangen (Vorjahr: 132,61 %), was Mehreinnahmen in Höhe von 489.000 € bedeutet. Im Wesentlichen handelt es sich um nicht geplante private Grundstücksveräußerungen, die eine Erschließungsbeitragspflicht nach sich zogen. Entsprechend liegen auch die Kostenerstattungen für Ausgleichsmaßnahmen 104.000 € über dem Planansatz. Und auch bei den **Ablösebeiträgen** für Kfz-Stellplätze kommt es zu Mehreinnahmen in Höhe von 84.000 €.

Die **Zuschüsse** vom Land für Schulbaumaßnahmen hinken den Ausgaben - wie bereits im Vorjahr - hinterher. Die eingeplanten Landeszuschüsse für den Klassentrakt beim Wieland-Gymnasium sowie für die Sanierung der Pflugschule sind noch nicht bewilligt. Hier zeichnet sich ab, dass die Maßnahmen erneut vorfinanziert werden müssen. Dies führt zu Einnahmenausfälle im Jahr 2008 von insgesamt 2,21 Mio. €.

Beim Zuschuss des Landes für die Sanierung Östliche Innenstadt sind rund 544.000 € eingegangen; somit stehen hier noch 754.000 € aus.

Darüber hinaus wurden die Mehrkosten für die Sanierung der Altlast Lehmgrube bisher noch nicht in voller Höhe bewilligt, so dass auch hier mit Zuschussausfällen in 2008 von 390.000 € zu rechnen ist.

2.2.2 Ausgaben

Auf der Ausgabenseite zeichnen sich bisher keine erheblichen negativen Abweichungen gegenüber den Planzahlen ab.

Beim **Grunderwerb** sind aktuell 61,71 % (Vorjahr: 82,43 %) bewirtschaftet. Es ist geplant, einen Teil der nicht verausgabten Mittel in das Haushaltsjahr 2009 zu übertragen.

Neben den normalen Zahlungen für den ÖPNV wurden für die **Eigenkapitalerhöhung** bei den Stadtwerken planmäßig 8,03 Mio. € ausbezahlt. Die Stadtwerke Biberach GmbH erhielten diese Finanzspritze insbesondere für den Neubau des Hallenbades und für die Sanierung der Tiefgarage Stadthalle. Auf die hierzu ergangene Drucksache Nr. 227/2008 wird verwiesen.

Bei den **Baumaßnahmen** wurde für den Ausbau der Wolfgangstraße vom Bauausschuss 90.000 € außerplanmäßig bewilligt (Dr. Nr. 122/2008).

Für die Stellplatzanlage Zeppelinring/Neherstraße wurden 50.000 € überplanmäßig bereitgestellt (Dr. Nr. 91/2008). Durch die Bewirtschaftung des Parkplatzes fließen die Einnahmen zeitversetzt wieder an die Stadt zurück.

Bei der Baumaßnahme Radweg Saulgauer Straße wurde eine formelle Unterdeckung in Höhe von 200.000 € durch eine Abschlagszahlung des Landes gedeckt (Dr. Nr. 80/2008).

Die Sanierung der Brücke über den Wolfentalbach mit Kosten von ca. 133.000 € liegt in der Zuständigkeit des Landes und wird durch die Stadt Biberach vorfinanziert, was zu einer außerplanmäßigen Ausgabe führt (Dr. Nr. 135/2008).

Für den Ausbau der Gemeindeverbindungsstraße Winterreute - Hagenbuch wurden 390.000 € überplanmäßig zur Verfügung gestellt (Dr. Nr. 161/2008).

Für die „Renaturierung Bleicherbach“ wurden 269.456 € überplanmäßig als Vorfinanzierung beschlossen (Dr. Nr. 221/2008). Inzwischen hat das Land für diese Maßnahme Zuschüsse in Höhe von 158.769 € bewilligt, die im Haushaltsjahr 2009 außerplanmäßig eingenommen werden können. Die verbleibenden Kosten werden durch Kostenerstattungsbeiträge im Rahmen von ökologischen Ausgleichsmaßnahmen finanziert.

Für die restlichen im Jahr 2008 anstehenden Baumaßnahmen sind die Planansätze nach aktuellem Kenntnisstand insgesamt jedoch ausreichend bemessen.

Für den Ankauf eines Gemäldes von Johann Baptist Pflug wurden 71.780 € überplanmäßig bereitgestellt (Dr. Nr. 149/2008).

Die Abrechnungen der IZBB-Maßnahmen an der Braith- und Malischule wurden zum Jahresende abgeschlossen. Lediglich die Abrechnung der IZBB-Maßnahmen an den Gymnasien steht noch aus und soll noch im Januar zu Ende gebracht werden. Hier sind abrechnungstechnisch bedingt bereits Mehrausgaben im Umfang von rund 250.000 € angefallen. Hierzu wird dem Gremium noch eine separate Vorlage unterbreitet.

Trotz der teilweise auch konjunkturbedingten Mehrausgaben bei den Bauausgaben halten wir es insgesamt - abgeleitet aus den Erfahrungen der Vorjahre - für möglich, hier noch eine Ausgabenreduzierung von rund 1,0 Mio. € zu erreichen.

Nach dem derzeitigen Stand sind im Vermögenshaushalt bisher 1.534.350 € (Vorjahr: 605.304 €) **über- und außerplanmäßig** bewilligt worden. Davon entfallen 1.204.236 € auf die oben beschriebenen Maßnahmen. Die haushaltsmäßigen Deckungen waren jeweils nachgewiesen.

3. Kassenliquidität

Die Liquidität der Stadtkasse ist gut. Die derzeit nicht benötigten Mittel konnten in Geldanlagen angelegt werden.

4. Geldanlagen

Die vorübergehend nicht benötigten Gelder werden in Geldanlagen bei verschiedenen Banken angelegt.

Stand zum 31.12.2008 **154.200.000 €**

Die Geldanlagen gliedern sich wie folgt:

I. Sparkassen-Finanzgruppe	63.500.000 €
II. Genossenschaftsbanken	60.700.000 €
III. Privatbanken	30.000.000 €

Bereits vor der Finanzkrise legte die Verwaltung Wert auf eine möglichst breite Streuung der Geldanlagen auf die verschiedenen Einlagensicherungsformen. Dabei wurde den institutssichernden Sicherungseinrichtungen der Vorzug gegeben. Die Sicherheit der Geldanlagen stand und steht im Vordergrund.

5. Zusammenfassung, Ergebnis

Die anhaltend positive Entwicklung bei der Gewerbesteuer in Biberach führt dazu, dass Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen kompensiert werden können und darüber hinaus die geplante umgekehrte Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt nicht notwendig werden wird. Vielmehr kann aus heutiger Sicht der Verwaltungshaushalt - trotz der hohen Umlagebelastungen - eine normale Zuführung an den Vermögenshaushalt erwirtschaften in der Größenordnung zwischen 8 - 11 Mio. €.

Im Vermögenshaushalt gehen wir davon aus, dass einzelne Zuschussausfälle durch geringere Bauausgaben und über die bessere Zuführung vom Verwaltungshaushalt ausgeglichen werden können. Im Übrigen hoffen wir, nachdem für das Jahr 2008 keine negativen Tendenzen erkennbar sind, dass die geplante Rücklagenentnahme von 28,46 Mio. € auf 8 - 11 Mio. € reduziert werden kann.

Insgesamt bleibt es damit bei der positiven Einschätzung der Haushaltslage für das Jahr 2008.

Die Mehreinnahmen des Jahres 2008 werden zeitversetzt aber negative Folgen im Jahr 2010 durch höhere Umlagenzahlungen an das Land und den Kreis haben. Hinzu kommen negative Entwicklungen aufgrund der Finanzmarktkrise und aktueller bundespolitischer Beschlüsse.

6. Ausblick und mittelfristige Perspektive

Zum Jahresende 2008 beschloss die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen, um die Konjunktur in Deutschland zu stabilisieren und die drohenden Auswirkungen der Finanzkrise abzumildern. Insbesondere durch die Konjunkturpakete I und II kommt es zu erheblichen Mindereinnahmen des Bundes, welche auch die Länder und Kommunen treffen werden. Da der Haushaltsplan 2009 noch vor Weihnachten verabschiedet werden konnte, sind diese Entwicklungen im Haushalt 2009 noch nicht berücksichtigt. Hinzu kommen noch verschiedene Rettungsschirme in Form von Bürgschaften und staatlichen Garantien, deren Auswirkungen derzeit nicht seriös abgeschätzt werden können.

In dem am 05.11.2008 verabschiedeten **ersten Konjunkturpaket**, hat die Bundesregierung zahlreiche steuerliche Maßnahmen beschlossen. Das Bundesfinanzministerium geht in einer groben Schätzung davon aus, dass sich die jährlichen Steuermindereinnahmen auf ca. 4 Mrd. € belaufen, wovon 1,1 Mrd. € auf die Kommunen entfallen werden. Daraus ergeben sich bei den Städten und Gemeinden nach Angaben des Bundes Ausfälle bei der Gewerbesteuer von ca. 0,77 Mrd. € und ca. 0,31 Mrd. € beim Anteil an der Einkommensteuer. Während die Gewerbesteuerausfälle regional sehr unterschiedlich ausfallen werden, handelt es sich bei den Mindereinnahmen beim Einkommensteueranteil um dauerhafte Effekte. Hinzu kommen Mindereinnahmen durch die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags von ca. 0,34 Mrd. €, Ausfälle aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale und ab dem Jahr 2010 weitere Steuerausfälle von 1,1 Mrd. € aufgrund der Neuregelung der Absetzbarkeit von Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen.

Am 12.01.2009 einigte sich die Bundesregierung auf ein **zweites Konjunkturpaket** mit einem Gesamtvolumen von rund 50 Mrd. € in den Jahren 2009 und 2010, das jedoch erst noch vom Bundesrat und -tag beschlossen werden muss. Inhalte des Programms sind zum einen die Unterstützung von Zukunftsinvestitionen in Höhe von 17,33 Mrd. €, von denen die Länder und Kommunen 3,33 Mrd. € finanzieren sollen, zum anderen Steuer- und Abgabensenkungen im Umfang von fast 10 Mrd. €. Hinzu kommt die Absenkung des Krankenkassenbeitrags, die Abwrackprämie für Altfahrzeuge, der Kinderbonus von 100 € und die Erhöhung des Kinderbonus im Rahmen von Hartz IV. Darüber hinaus sind Garantien und Unterstützungsleistungen für Betriebe vorgesehen.

Neben den unmittelbaren Steuerausfällen der Kommunen treten mittelbare Mindereinnahmen ein, die sich in Form von Zuweisungsverlusten in den nächsten Jahren insbesondere beim kommunalen Finanzausgleich bemerkbar machen werden. Dagegen bieten die Konjunkturprogramme des Bundes aber auch die Möglichkeit, zahlreiche Förderprogramme zur Finanzierung von Infrastrukturmaßnahmen zu nutzen. So soll zum Beispiel das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm aufgestockt, mehr Geld für die regionale Wirtschaftsstruktur zur Verfügung gestellt und Verkehrsinvestitionen beschleunigt werden. Mittelbar profitieren die Kommunen vom Konjunkturprogramm auch durch die beabsichtigte Stärkung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der Sicherung von Arbeitsplätzen.

Insgesamt gehen wir in den Jahren 2009 und 2010 aufgrund der derzeit bekannten Eckdaten der Konjunkturpakete von Mindereinnahmen mit jährlich rund 5-6 Mio. € aus, ohne negative Effekte bei der Gewerbesteuer.

Leonhardt